

der Hauptmann
ist natürlich aus,
aus und wurden
ne machten wir
olten Angriff der
inen ein heftiges
ige, die sich über
niefalven gegeben
nd den Deutschen
die sich erst ganz
einlich weil ihre
und her wälzten.
Entfernung von
en Feuern schien
in Sicherheit zu
en Baun, hinter
richtbaren Feuers,
die Verwundeten
d trug ihn, wie
Ein donnerndes
rischen; ich selbst
nig an und ent-
g auf den Hessen
nior das Gewehr
einen Abschied.
(Zortf. folgt.)

sächsischer För-
minis nicht mit
den Inseraten der
achstehendes Mit-
50 Jahren ge-
fen haben will:
Wasser, wasche
ige Tropfen Salz-
aufgehoben wird."

ndler gaben auf
ben, während sie
unverzüglich wie-
einer Kameraden,
el nöthig hätten.
dem Staube und
deren fingen mit
staltung, weil sie
doch ausdrücklich
ein mußten. Die
berurtheilt. Der
ne Laufbahn an-
ie Vertheidigung
ndlung angehen
von allen Dreien
eigenen Aussage
e, als wenn alle
und die Ausgab-
sobald sie sich nur
nun zine andere
späteren Ruhme.

u r s
assen-Verwaltung
dmünzen.
icher Cours:
5 fl. 45 kr.
her Cours:
5 fl. 32
9 fl. 55
9 fl. 38
9 fl. 23
Juli 1864.
Feuerverwaltung.

Das Calwer Wochen-
blatt erscheint wöchent-
lich dreimal, nämlich
Dienstag, Donnerstag
u. Samstag. Abonne-
mentspreis halbjährl.
1 fl. durch die Post be-
zogen im Bezirk 1 fl.
15 kr., sonst in ganz
Württemberg 1 fl. 30 kr.

Calwer Wochenblatt.

In Calw abonniert
man bei der Redaktion
anwärts bei den Pos-
ten oder dem nächst-
gelegenen Postamt.
Die Einrückungsge-
bühr beträgt 2 kr. für
die dreispaltige Zeile
oder deren Raum.

Amts- und Intelligenzblatt für den Bezirk.

Uro. 84.

Donnerstag, den 28. Juli.

1864.

Amtliche Bekanntmachungen.

Calw.

Für nachgenannte Gemeinde- und Stif-
tungsrechnungen, welche im Etatsjahr
1862/63 verfallen waren, sind die beige-
legten Revisions- und Abhörsporeten binnen
10 Tagen einzufenden.

Den 22. Juli 1864.

Kön. Oberant.

Schippert.

Algenbach, Gemeindepflege	30 fr.
Stiftungspflege	15 fr.
Nichthalben, Gesamtgemeindepflege	24 fr.
Nichthalder Ortspflege	30 fr.
Ortspflege Oberweiler	24 fr.
Altbulach, Gemeindepflege	1 fl. 12 fr.
Stiftungs- und Schul-	
fondspflege	33 fr.
Altburg, Gesamtgemeindepflege	42 fr.
Ortspflege	1 fl.
Ortsstiftungspflege	1 fl.
Schulverbandspflege	15 fr.
v. Palm'sche Stiftung	1 fl.
Althengstett, Gemeindepflege	1 fl. 36 fr.
Stiftungs- und Schul-	
fondspflege	1 fl. 27 fr.
Bergorte, Gemeindepflege	24 fr.
Breitenberg, Gemeindepflege	48 fr.
Stiftungs- und Schul-	
fondspflege	30 fr.
Dachtel, Gemeindepflege	1 fl. 48 fr.
Stiftungs- und Schul-	
fondspflege	48 fr.
Dedenpfronn, Gemeindepflege	2 fl. 12 fr.
Stiftungs- und Schul-	
fondspflege	1 fl. 3 fr.
Dennjacht, Gemeindepflege	1 fl. 3 fr.
Emberg, Gemeindepflege	33 fr.
Stiftungs- und Schul-	
fondspflege	24 fr.
Ernstmühl, Gemeindepflege	1 fl. 12 fr.
Gehingen, Gemeindepflege	1 fl. 42 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	1 fl. 21 fr.
Girschau, Gemeindepflege	2 fl.
Holzbrunn, Gemeindepflege	1 fl. 24 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	45 fr.
Hornberg, Gemeindepflege	42 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	27 fr.
Liebelsberg, Gemeindepflege	42 fr.
Liebenzell, Gemeindepflege	3 fl. 54 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	1 fl. 15 fr.
Martinsmoos, Gemeindepflege	42 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	27 fr.
Monatam, Gemeindepflege	1 fl. 24 fr.
Wöttlingen, Gemeindepflege	1 fl.
Neubulach, Stadtpflege	2 fl.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	57 fr.
Kirchspielpflege	15 fr.

Neuhengstett, Gemeindepflege	1 fl. 6 fr.
Neuweiler, Gesamtgemeindepflege	24 fr.
Ortspflege Neuweiler	42 fr.
Oberhaugstett, Gemeindepflege	1 fl. 6 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	27 fr.
Oberfollbach, Gemeindepflege	1 fl.
Oberfollwangen, Gemeindepflege	48 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	24 fr.
Oberreichenbach, Gemeindepflege	36 fr.
Ostelsheim, Gemeindepflege	1 fl. 24 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	45 fr.
Ottenbronn, Gemeindepflege	54 fr.
Röthenbach, Gemeindepflege	1 fl.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	21 fr.
Schnieb, Gemeindepflege	36 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	21 fr.
Simmozheim, Gemeindepflege	1 fl. 42 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	51 fr.
Sonnenhardt, Gemeindepflege	1 fl. 6 fr.
Speßhardt, Gesamtgemeindepf.	30 fr.
Stammheim, Gemeindepflege	1 fl. 30 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	1 fl.
Teinach, Gemeindepflege	48 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	27 fr.
Forster'sche Stiftung	27 fr.
Unterhaugstett, Gemeindepflege	1 fl. 30 fr.
Unterreichenbach, Gemeindepflege	2 fl. 12 fr.
Würzbach, Gemeindepflege	48 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	36 fr.
Zavelstein, Gemeindepflege	54 fr.
Kirchspielpflege	15 fr.
Stiftgspsl. Weltenschwann	15 fr.
Zwerenberg, Gemeindepflege	54 fr.
Stiftgs.-u. Schuldspsl.	27 fr.
Kirchspielpflege	15 fr.

Forstamt Wildberg.

Revier Schönbrunn.

Holz-Verkauf

am Montag, den 1. August,
im Staatswald Großer Buhler:
44 1/4 Klafter Nadelholz-Scheiter und
Prügel,
9 Klafter weisstannene Rinde,
50 Stück gebundene Nadelholzwellen,
zu 5385 Wellen geschägtes ungebun-
denes Nadelreisach.
Zusammenkunft Morgens 8 Uhr.
Wildberg, 23. Juli 1864.
K. Forstamt.
Niethammer.

Forstamt Wildberg.

Revier Stammheim.

Holz-Verkauf

am Dienstag, den 2. August,
im Staatswald Lindenrain:

1 1/4 Klafter buchene Scheiter und Prügel
52 1/4 Klafter Nadelholz-Scheiter und
Prügel,
11 1/4 Klafter tannene Reisprügel,
26 1/4 Klafter weisstannene Rinde,
1938 Stück Nadelholzwellen.
Zusammenkunft Morgens 8 Uhr auf
dem Gültlinger Sträßle beim Lindenrain.
Wildberg, den 23. Juli 1864.
K. Forstamt.
Niethammer.

Forstamt Altenstaig.

Stammholz-Verkauf

Samstag, den 6. August d. J.,
Morgens 10 Uhr,
in Enzlstöckerle:

- 1) vom Revier Enzlstöckerle aus den Staats-
waldungen Wanne, Hirschtopf und Die-
tersberg:
1634 Stück Lang- und Klotzholz;
- 2) vom Revier Simmersfeld aus dem Hag-
wald:
1142 Stück Lang- und Klotzholz.
Altenstaig, 26. Juli 1864.
K. Forstamt.
H. Grafed, A.-B.

2)1.

Calw.

Gasthof- u. Güter-Verkauf.



Der Posthalter Gärting
dahier und die Erben seiner
gestorbenen Gattin lassen
sämmliche in Nr. 79 und
80 dieses Blattes näher beschriebene Liegen-
schaft, welche angekauft ist, am
Dienstag, den 2. August,
wiederholt in Aussicht bringen, und zwar
die Gebäulichkeiten Vormittags 10 Uhr, die
Feldgüter an Aedern und Wiesen Nach-
mittags 2 Uhr.

Hiezu ladet man die Kaufslustigen auf
das hiesige Rathhaus mit dem Bemerken
ein, daß diese Ausschreibungs-Verhandlung die
legte ist und daß die Liebhaber zu den Ge-
bäulichkeiten am Tage des Verkaufs obrig-
keitliche Zeugnisse über Prädikat und Ver-
mögen vorzulegen haben.

Den 23. Juli 1864.

K. Gerichtsnotariat.

Gehring.

Neuweiler.

Liegenschafts-Verkauf.

Am Mittwoch, den 10. August d. J.,
Nachmittags 1 Uhr,
wird auf dem Rathhaus dahier die sämmt-

liche Liegenschaft des Michael Weber, Schmied dahier, im Wege der Hilfsvollstreckung zum letztenmal im öffentlichen Aufstreich verkauft. Dieselbe besteht in:

- einer zweiflochten Behausung mit Schmiedewerkstätte und Scheuer, unter einem Dach, mit circa
- 8 Morgen Gärten, Acker und Wiesen beim Haus.
- Den 21. Juli 1864.
- 2)2. Schultzeiß Seeger.

Außeramtliche Gegenstände.

Nächste Woche baet Augenbreheln
2)1. Gottlob Haydt in der Ledergasse.

Knochenmehl,

fein und unvermischt,
ächten Peru-Guano u. Künstdünger
von Dr. Schweichardt in Tübingen
empfiehlt Ferd. Georgii.

Zimmer.

Rudolph Kauser hat ein freundliches
Zimmer an einen oder zwei Herren zu ver-
mieten.

Eine in gutem Zustande befindliche Dreibige
Repsjäemaschine

hat aus Auftrag zu verkaufen
2)2. Georg Kleindub, Schmied.

Neue Bettfedern,

etwa 20 Pfund, sind zu haben; wo? sagt
die Redaktion d. Bl.

Einen Säulenofen

sammt Rohr und Stein verkauft billigst
Carl Dack.

Pferde-Verkauf.



Aus der Verlassenschafts-
masse des verstorbenen Leon-
hard Schneider, Wald-
meisters in Nagstätt, werden
am Montag, den 1. August,
zwei Walach-Pferde, Braunen, 7 und 9
Jahre alt, im Zuge vorzüglich gut,
im öffentlichen Aufstreich verkauft, wozu sich
die Liebhaber Mittags 1 Uhr in der Woh-
nung des Verstorbenen einfänden wollen.
Der Pfleger: Jakob Schneider.

Li-benzell.
Empfehlung.

Dem geehrten Publikum in der Umge-
gend mache ich die ergebenste Anzeige, daß
ich die Mühle des Herrn Pfeifle dahier
gepachtet habe und erlaube mir deshalb,
mich sowohl den seitherigen verehrten Kunden
dieser Mühle, wie auch in weiteren Kreisen,
bestens zu empfehlen mit der Zusicherung
freundlicher und billiger Bedienung. Auch
werde ich alle Sorten Mehl auf Lager
führen und bei billigen Preisen gute Qua-
lität liefern, und bitte daher um gef. Ab-
nahme.
Friedrich Meßger.

Altbengstett.

Der Unterzeichnete hat zu verkaufen:
**1) Meßger- oder Schmied-Block,
eine Parthie Schinken, guten Ernte-
wein und Faspdauben.**

Hirschwirth Kling.

Roggen.

Den Ertrag von 3
neben einander liegen-
den Allmandstüchchen verkauft auf dem Halm
L. Zahn, Schuhmacher.

Antwortadresse der Abgeordneten-Kammer auf die Thronrede.

(Schluß.)

Zu den inneren Fragen uns wendend, müssen wir vor Al-
lem die Angelegenheit der freien Presse und des Vereinswesens
nennen. Ohne Zuständigkeit hat der Bund in dieser Beziehung
Vorschriften mit dem Anspruche auf allgemeine Verbindlichkeit ge-
geben, und es sind solche von der K. Staatsregierung ohne vor-
gängige Zustimmung der Stände in ihren wichtigsten Theilen
zum Vollzug gebracht worden. Wir richten an Ew. Königliche
Majestät die dringende Bitte, die auf Grund jener Bundesbe-
schlüsse einseitig ergangenen Verordnungen zu beseitigen, diese
Verhältnisse, wie die Kammer der Abgeordneten schon früher, aber
bis jetzt ohne entsprechenden Erfolg, gebeten hat, auf verfassungs-
mäßigem Wege zu ordnen und bezüglich derselben endlich einen
geordneten Zustand herzustellen.

Der Verathung des Hauptfinanzetats für weitere 3 Jahre
werden wir uns mit Eifer unterziehen und wir zweifeln nicht,
daß bei strenger Ordnung und weiser Sparsamkeit die finanziellen
Kräfte Württembergs eine vollständige Entwicklung des Eisenbahn-
netzes zulassen und gestatten werden, allen Theilen des Landes
die Segnungen eines regen Verkehrs zuzuwenden.

Die Kammer der Abgeordneten wird sich stets bemühen, den
wahren Bedürfnissen des Landes zu entsprechen und bei Förderung
der berechtigten geistigen und materiellen Interessen ihrerseits mit-
zuwirken. Allein die steigenden Anforderungen des öffentlichen
Dienstes führen aufs Neue zur Erwägung der Frage, ob nicht
durch zweckmäßige Vereinfachungen eine entsprechende Ausgleichung
herbeigeführt werden könnte.

Ew. Königl. Maj. machen uns von einer Reihe weiterer in
der Vorbereitung begriffener Gesetzesentwürfe Mittheilung, und
dankbar erkennen wir hierin das Bestreben, dringend gefühlten Be-
dürfnissen entgegenzukommen. Dabei können wir aber die That-
sache nicht verbergen, daß Württemberg während der letzten Jahre
in seiner Gesetzgebung vielfach zurückgeblieben ist, daß es insbe-
sondere eines durchgeführten öffentlichen und mündlichen Gerichts-
verfahrens noch entbehrt. Eurer K. Maj. wird die Nothwendig-
keit nicht entgehen, die auf Einführung eines solchen Verfahrens
gerichteten Arbeiten mit allem Nachdruck fördern und die Vor-
berathungen nach einem festen Plane zu ihrem endlichen Abschlusse
bringen zu lassen.

Wir finden noch auf verschiedenen anderen Gebieten Zustände

und Normen, welche eine Umgestaltung erfordern. Die staatsbür-
gerlichen Rechte der Einzelnen bedürfen vielfach einer sichernden
Feststellung, die Rechte der Gemeinden und Körperschaften einer
Weiterentwicklung des im Prinzip längst anerkannten Selbstver-
waltungsrechts. Vor Allem aber gehört hieher die Verfassung
selbst, namentlich in ihren Vorschriften über die Wahlen zur Stän-
deversammlung und über die Zusammenfassung der letzteren, bei
welcher längst verschwundenen Verhältnissen ein mit den jetzigen
Anforderungen unverträglicher Einfluß eingeräumt ist. Es ist
auch eine zeitgemäße Reform dem Lande zugesichert, und von allen
Seiten erheben sich Stimmen, welche an die Lösung dieses Ver-
sprechens mahnen. Wir würden uns einer schweren Pflichtver-
säumnung schuldig machen, wenn wir nicht ebenso dringend als
ehrfurchtsvoll diese Angelegenheit der Erwägung Ew. Königlichen
Majestät empfehlen wollten. Kön. Majestät! Es ist das hervor-
ragendste Werk des verewigten Königs, daß er das in einer Pe-
riode schwerer, ganz Europa erschütternder Umwälzungen umge-
stürzte Recht des Landes durch die gegenwärtig in Wirksamkeit
stehende Verfassung neu begründet hat. Seitdem ist nahezu ein
halbes Jahrhundert, reich an den bedeutungsvollsten Umgestaltun-
gen auf allen Gebieten des Lebens, verfloßen, und es ist Zeit,
an das damals geschaffene Werk die besternte Hand anzulegen.
Möge unser Land von Eurer Königl. Maj. das Grundgesetz er-
neuert empfangen, damit, wie durch die Gründung der Verfas-
sung der Name des Königs Wilhelm, so durch ihre Weiterbil-
dung im Geiste unserer Zeit der Name des Königs Carl in der
Geschichte Württembergs leuchte!

Wohl ist die Aufgabe, welche der Regierung Ew. Kön. Maj.
gestellt ist, groß und mit den vielfachsten Schwierigkeiten umgeben.
Wir sind aber der Ueberzeugung, daß Ew. Kön. Maj. dieselbe
zum Segen des Landes lösen werden, wenn die von Höchstenden-
selben berufenen Rathgeber von wahrhaft konstitutionellem Geiste
erfüllt, der Reform aus innerster Ueberzeugung zugethan und von
dem Vertrauen des Volkes getragen sind. Wir wissen auch, daß
jene Aufgabe nur allmählig gelöst werden kann und daß jede Ueber-
stürzung den Erfolg gefährdet. Allein das einzig durchgreifende
Mittel gegen die Gefahren aufgeregter Zeiten ist die stetige Re-
form in den Zeiten der Ruhe.

Als die Vertreter des Volkes, welche geschworen haben, das
unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlandes treu und
gewissenhaft zu berathen, lag es uns ob, Ew. Kön. Maj. bei

ung.

in der Umge-
Anzeige, daß
feifle dahier
mir deshalb,
verehrl. Kunden
weiteren Kreisen,
der Zusicherung
dienung. Auch
ehl auf Lager
ijen gute Qua-
um gef. Ab-
W e h g e r.

u verkaufen:
mied-Block,
guten Ernte-

irth Kling.
Ertrag von 3
inander liegen-
auf dem Halm
Schubmacher.

Die Staatsbür-
mer sichernden
erschaffen einer
nten Selbstver-
die Verfassung
ahlen zur Stän-
lehren, bei
mit den jetzigen
ist. Es ist
und von allen
ng dieses Ver-
eren Pflichtver-
dringend als
Sw. Königl.
ist das hervor-
s in einer Be-
zungen umge-
in Wirksamkeit
ist nahezu ein
n Umgestaltun-
nd es ist Zeit,
nd anzulegen.
Grundgesetz er-
ng der Verfas-
ihre Weiterbil-
s Carl in der

Sw. Kön. Maj.
leiten umgeben.
Maj. dieselbe
von Höchstden-
onellem Geiste
ethan und von
ffen auch, daß
daß jede Ueber-
durchgreifende
die stetige Re-

Höchstihrem Regierungsantritt die Nothwendigkeit fortschreiten-
der Verbesserungen ehrsüchtig vorzustellen. Mögen Sw. Kön.
Maj. unsere freimüthige Aeußerung gnädig entgegennehmen und
versichert sein, daß Höchstieselben bei uns stets eine treu ergebene
Gesinnung und die unserer Pflicht gemäße Unterstützung mit Rath
und That finden werden! Der Allmächtige Gott verleihe Sw.
Kön. Maj. eine lange glückliche Regierung! In tiefster Erfurcht
verharren — Stuttgart den — Sw. Kön. Maj. treu ge-
horsamste Kammer der Abgeordneten.

Bei der Abstimmung über die ganze Adresse (in der 74.
Sitzung am 23. Juli) wurde dieselbe mit 85 gegen 1 Stimme
(des Präl. v. Sigel) zum Beschluß erhoben.

Tagesereignisse.

× Am letzten Sonntag fand das jährliche Turnfest des
Nagold-Gaus in Böblingen, dem letztjährigen Vorort,
statt. Die zu diesem Gau gehörigen Vereine sind: Altenstrog, Bir-
kenfeld, Böblingen, Calw, Herrenberg, Neuenbürg, Rohrdorf,
Weil die Stadt, Wildbad und Wildberg. Von Rohrdorf, Wild-
bad, Neuenbürg und Birkenfeld erschien Niemand, dagegen waren
die anderen Vereine ziemlich zahlreich vertreten und außerdem
kamen noch Turner von Stuttgart, Berg, Bothnang, Sindelfin-
gen und Leonberg. Es mögen 3—400 Mann versammelt gewe-
sen sein. Die Stadt war bekränzt und besflaggt und die Ein-
wohnerschaft feierte das Fest mit. Bei dem Preisturnen wurden
6 Eichenlaubkränze in folgender Reihenfolge gegeben: Ferber
von Hirschau, Dieterle von Wildberg, Reichert von Wild-
berg, Raschold von Böblingen (Calw), Weber von Böblin-
gen, Kohler, Fr. von Calw. Zum Gauvorort für das nächste
Jahr wurde Weil die Stadt gewählt und findet auch das
nächstjährige Gauturnfest daselbst statt.

— Stuttgart. Am 23. Juli Abends 4 Uhr war gemein-
schaftliche Sitzung beider Kammern. Zunächst werden Braun von
Güglingen und Förderer von Heilbronn zu Buchhaltern für die
Staatsschuldentilgungskasse gewählt. Hierauf Wahl eines Mit-
glieds in den Staatsgerichtshof. Diese fällt auf Obertrib. Prof.
Nestle. Ferner werden als stellvertretende Mitglieder in den
Staatsgerichtshof gewählt: Kommerzienrath Dörtenbach sen. in
Calw, Vizedirektor Schott in Ludwigsburg. Die Mitglieder der
Kammer der Standesherrn entfernen sich. Es sind Interpellationen
eingekommen: von Schut an den Chef der Finanzen über Staatsver-
träge mit den Nachbarstaaten hinsichtlich von Eisenbahnanschlüssen, ins-
besondere über den Anschluß an die badische Odenwaldbahn; ferner
von Frhr. v. Gütlingen an denselben Departementchef, ob er
bei jetziger Gefahr für Menschenleben durch wüthende Hunde ge-
neigt wäre, die Tage für solche Hunde zurückzuzahlen, welche we-
gen Alters und Gefahr wüthend zu werden, vor dem 15. August
todtgeschlagen werden. Rödinger entwickelt seinen Antrag, wornach
auch in Commissionsitzungen von einem Mitgliede der Antrag
auf Schluß der Debatte gestellt und durch die Majorität der Com-
missionsmitglieder beschlossen werden kann. Die Kammer geht
sogleich auf deren Berathung ein. Bei der Abstimmung ergeben
sich 41 Stimmen für und 32 gegen Rödingers Antrag. Da zu
Abänderung der Geschäftsordnung zwei Drittel der Stimmen er-
forderlich sind, so erscheint derselbe als abgelehnt. — 26. Juli.
(76. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Der Präsident
theilt der Kammer mit, daß Se. Maj. der König gestern die
Adresse-Deputation empfangen habe, sich die Adresse habe vorlesen
lassen und folgende Erwiderung gegeben habe: Die Stände sind
die verfassungsmäßigen Organe des Volkes, es ist mir daher immer
erwünscht, wenn sie ihre Ansichten offen darlegen und aussprechen,
so wie sie dieß in der vorliegenden Adresse zu thun bestrebt sind.
Den Wünschen meines Volkes ein geneigtes Ohr zu leihen, wird
mir stets mein heiligstes Gebot sein. Ich werde es für meine
Pflicht erachten, getreu und gewissenhaft dieselben zu prüfen und
Sie dürfen überzeugt sein, daß ich diejenigen Verbesserungen ein-
treten lassen werde, von denen auch ich überzeugt bin, daß sie
zum Wohl des Landes gereichen. Sie werden in diesen meinen
Bestrebungen mir die verfassungsmäßige Mitwirkung niemals ver-
sagen. Desterlen bringt nunmehr wegen des Gewalttaths der
preussischen Regierung gegen Rendsburg, der die Rechte der Her-

zogtbümer und Deutschlands gleich sehr gefährdet, den dringlichen
von 53 Mitgliedern unterzeichneten Antrag ein: „in Erwägung,
daß das Recht des deutschen Bundes durch die gewaltthätige Be-
setzung Rendsburgs durch die preussischen Truppen verletzt worden,
und durch diesen Gewalttath der preussischen Regierung die ganze
Zukunft Deutschlands schwer bedroht worden sei, beschließt die
Kammer: 1) einen feierlichen Protest gegen diesen Akt der Gewalt
zu erheben; 2) die Staatsregierung dringend aufzufordern, in
Gemeinschaft mit den übrigen Bundesregierungen der drohenden
Bergewaltigung entgegenzutreten; 3) die Bereitwilligkeit auszu-
sprechen, alle erforderlichen Opfer zu diesem Zwecke zu bringen.“
Die Kammer spricht sich für die Dringlichkeit einstimmig aus
(86 Stimmen). Desterlen begründet mit kurzen Worten den An-
trag, worauf die Berathung darüber eröffnet wird. v. Barnbüler
wilk auf die Zeitungsnachrichten allein hin nicht vorgehen, doch
erklärt er sich nachträglich für die 3 Punkte des Antrags, nicht
aber für die Erwägungsgründe. Hopf sagt, nicht an die Regie-
rungen allein, sondern an das ganze deutsche Volk müsse die Auf-
forderung ergehen, gegen die Bergewaltigung zu protestiren. Höl-
der ist damit einverstanden, daß man der Regierung nichts Un-
ausführbares zumuthen soll, aber die Anträge, welche gestellt wer-
den, können und müssen von der Regierung ausgeführt werden,
wenn sie sich nicht selbst preisgeben wolle. Wenn sich die deut-
schen Regierungen diesen Gewalttath gefallen lassen, dann haben
sie ihre faktische Mediatifirung besiegelt. Wohl: Wer sich selbst
aufgebe, über den gebe die Gewalt hinweg. Seit 8 Monaten
sei man nicht bloß stumm gegen die verschiedenen Gewaltthätig-
keiten, sondern man vertriebe sich in eine Ecke, um die Gewalt-
thaten nicht zu sehen. Wenn die nöthige Anzahl von Bundes-
truppen in Schleswig-Holstein gestanden wäre, dann wollte er
sehen, ob man sich eine solche Gewalt erlaucht hätte. So lange
sich die Mittelstaaten Alles bieten lassen, so lange werde man
ihnen Alles bieten. Die kleinen Staaten sollen lieber mit Ehren
untergehen, als ein Dasein der Schande führen. Seeger möchte
den Vertretern der deutschen Mittel- und Kleinstaaten zurufen,
sie sollen bedenken, welche Folgen ihre Unthätigkeit haben könne,
und vergleicht die deutschen Zustände mit den italienischen vor
einigen Jahren. Die Schwäche der deutschen Mittelstaaten habe
den preussischen Uebermuth erzeugt. Minister v. Linden warnt
vor Ueberstürzung, man sei über den Hergang nicht gehörig in-
struirt und wisse nicht, was der Bund beschlossenen habe; die Vor-
sicht gebiete, mit dem Urtheil zurückzuhalten. Minister v. Wäch-
ter: Die Regierung als solche habe sich mit der Angelegenheit
von Rendsburg noch nicht beschäftigt können, weil die That-
sachen offiziell noch nicht mitgetheilt seien; so viel aber versichere
er: sie, die Minister des Königs, seien ebenso empfindlich für die
nationale Ehre, wie irgend ein Mitglied in diesem Hause. Sie
können aber nicht auftreten, ehe sie den Thatbestand gehörig eruiert
haben. Auf eine Zeitungsnachricht hin werde man nicht Truppen
marschiren lassen. Die Regierung könne sich anschließen an gleich-
gesinnte Bundesregierungen, und werde, wenn die Thatfachen
vorliegen und geprüft seien, wenn die Stunde geschlagen habe
auch zu handeln wissen. — Bei der Abstimmung wird der Antrag
Desterlens (ohne Erwägungsgründe) einstimmig angenommen.

— München. „Die Baier. Ztg.“ äußert über die neue preu-
sische Invasion in Holstein: „Preußen geht rasch vorwärts gegen
den Bund, sehr rasch. Gestern noch glaubten wir, es vorerst
wenigstens nur mit der „Nordd. Allg. Z.“ allein zu thun zu haben,
mit einem Fühler derselben nach Analogie der Fabel vom Lamm,
das dem Wolf das Wasser getrübt haben sollte, und daß damit
die Einleitung gemacht sein sollte zu allerhand Kreuz- und Quer-
zügen, um allmählig Holstein dem Bund zu entwenden. Aber das
war Herr v. Bismarck zu langsam, er liebt die Ueberraschungen;
6000 Mann und darüber standen, wie wir jetzt erfahren, schon
bereit, um auf seinen Wink sofort in Holstein einzurücken und
einen Widerstand der zerstreuten Bundesstruppen gegen die Ueber-
macht unmöglich zu machen. Die noch nicht aufgeklärten Vor-
gänge in Rendsburg erscheinen nun immer mehr im Licht einer
mit Bedacht angelegten Provocation, die für Preußen den er-
wünschten Vorwand liefern sollte, den Bund aus dem Besiz von
Holstein zu verdrängen und sich selbst darin festzusetzen.



— Die Oesterr. Btg. hat aus Dresden ein Telegramm erhalten, nach welchem die sächsische Regierung den General Hake seines Postens als Kommandant der Exekutionsstruppen entlassen und durch einen andern General ersetzt hätte. (Nach einem Tel. der Allg. Btg. wäre der bereits nach Rendsburg abgereiste sächsische Kriegsminister v. Rabenhorst dessen mutmaßlicher Nachfolger.)

— Dresden, 22. Juli. Auf eine in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer von dem Minister a. D. Georgi gestellte Interpellation äußerte Staatsminister v. Beust in Bezug auf die Rendsburger Vorgänge: Die hohe Kammer wird wohl daran nicht zweifeln, daß der Vorgang der sächsischen Regierung zu sehr ernstern Erwägungen Anlaß geben muß; diese Erwägungen werden sofort eintreten, ich bin aber jetzt, da sie noch bevorstehen, nicht in der Lage, mich darüber auszusprechen; nur davon möge man sich überzeugt halten, daß die sächsische Regierung, wie sie unausgesetzt dessen sich bewußt ist und nicht vergißt, was sie dem Bunde, was sie Deutschland schuldig ist, sie doch nicht vergessen darf und vergessen wird, was sie ihrer eigenen Würde und der Ehre ihrer Truppen schuldig ist. — Zur Bezeichnung der Stimmung, welche in der Sitzung herrschte, entnehmen wir einer Aeußerung des Abg. von Rostig-Paulsdorf: Wenn wir nicht ernsthafte Vorkehrungen treffen, um das Wiederkehren solcher Gewaltakte zu verhindern, so mußten wir uns schließlich gefallen lassen, daß Preußen die Hauptstadt unseres Landes mit Truppen besetzt, sobald wir der dortigen Regierung durch Wort oder That mißliebiger geworden. Er hätte gewünscht, General v. Hake wäre nicht gewichen, sondern der Gewalt mit Gewalt entgegengetreten, um zu erproben, wie weit die bundesfreundliche Gesinnung der preussischen Regierung gehe.

— Uto n a, 22. Juli (S. N.) Schon heute können über die Militärexpedition nähere berichtende Nachrichten gegeben werden. Die erste Veranlassung zu dem am 17. dieses Monats auf dem Tanzplatz „Schützenhof“ vor dem Revier vorgetretenen Konflikt gab ein preussischer Unteroffizier, indem er den sächsischen und hannoverschen Soldaten ein gegenseitiges Zutrinken auf das Wohl ihrer Armeen untersagte. Die dadurch entstandene, schon etwas gereizte Stimmung wurde jedoch durch das Zureden der sächsischen und hannoverschen Unteroffiziere wieder beruhigt. Nach allseitig fortgesetzter Theilnahme an den Vergnügungen entstand längere Zeit darauf, gegen 9 Uhr, eine Schlägerei, deren Ursache bis jetzt noch nicht ermittelt ist. Doch steht fest, daß hierbei preussische Soldaten ihre Seitengewehre gezogen und gebraucht haben. Die Schlägerei nahm einen größeren Umfang an und außerhalb des Tanzsaales an, bis sie auf der Straße durch das Dazwischentreten der verschiedenen Unteroffiziere zu Ende gebracht wurde. Am 18. wurden die Sachsen und Hannoveraner, um allen Conflisten im Voraus vorzubeugen, durch Blasen der Retraite zeitig in ihren Quartieren konfirmirt, so daß die Straßen gegen 9 Uhr sich ganz leerten. Trotzdem aber wurden einzelne vor den Quartieren ruhig sitzende Hannoveraner bedroht und angegriffen; ja es wurden sogar von der Wiltation zurückkehrende hannoversche Korporale von Preußen mißhandelt und hierbei verwundet. Einer derselben, Korporal Oppermann, wurde von einer preussischen Patrouille von ca. 16 Mann angegriffen und von hinzugekommenen hannoverschen Offizieren, wie die Preußen mit Gewehren auf ihn eindringen, am Boden liegend gefunden. Derselbe wurde nur durch Ziehung der Säbel Seitens der hannoverschen Offiziere freigemacht, dennoch aber beim Nachhausegehen noch von Preußen verwundet. Endlich ist noch hinzuzufügen, daß am 19. nicht das Geringste vorgekommen, und daß bereits an diesem Tage eine Untersuchungs Commission, bestehend aus sächsischen und hannoverschen Offizieren zusammengetreten ist. Bezeichnend bleibt es, daß die Beordnung eines preussischen Offiziers zu besserer und schnellerer Ermittlung der Wahrheit nicht zu erlangen gewesen ist. Am auffälligsten bleibt aber, daß sich der preussische Kommandant durch das von Haus aus ganz unglaublich und völlig unbegründete Gerücht, es werde ein Angriff auf die Lazarethe beabsichtigt, zu Meldungen veranlaßt finden konnte, welche jedenfalls ganz übertrieben und einseitig gewesen sein müssen, wenn in solchen die Veranlassung zu den umfangreichsten militärischen Maßregeln — 6000 Mann und 2 Batterien — gefunden werden soll!

— Ein Korrespondent des „Schw. M.“ schreibt aus Berlin, 23. Juli: In ministeriellen Kreisen erblickt man in der Besetzung Rendsburgs nur den ersten Schritt, den die preussische Politik gemacht hat, um sich Holsteins zu bemächtigen. Es wird zwar nicht geleugnet, daß der deutsche Bund große Hindernisse diesem Vorhaben entgegenzusetzen wird, aber dieselben würden doch nur, so reflektirt man, auf Proteste und Rechtsverwahrungen hinauslaufen, also auf Kundgebungen, an die sich der Minister v. Bismarck nicht kehren würde. Der preussische Plan ist kein anderer als der: im Einverständnis mit Oesterreich, das zu gewinnen sein wird, hört die Exekution in Holstein demnächst auf. Die deutschen Großmächte verfügen dann über beide Herzogthümer militärisch allein und administrativ ebenfalls so weit, daß der Einfluß des Bundes ganz zurücktritt. Alsdann soll in diesem Provisorium die wirkliche Meinung Schleswig-Holsteins konstatiert werden. Die bisher landläufig gewesene Vorstellung, daß die Herzogthümer den Augustenburger wollten und keinen andern, ist nach feudaler Darstellung ein Irrthum!! Wird nur erst den schleswig-holsteinischen Vereinen das Versammlungsrecht gründlich beschritten, fallen ferner die Demonstrationen für den „Angestammten“ fort, und kommt die Presse unter scharfe Controlo preussischer wie oesterreichischer Beamten, so wird sich schon zeigen, daß alles Gerede von dem festen Entschluß der Herzogthümer, nur dem Augustenburger angehören zu wollen, eitel Tand gewesen ist. So spekulirt man hier in ministeriellen Kreisen. An Agenten, die gelegentlich dem Anschluß unter Preußen das Wort reden, fehlt es schon jetzt nicht, aber ihre Zahl kann je noch vergrößert werden, und den erheblichsten Erfolg würde die preussische Politik haben, wenn der Augustenburger das Land räumen müßte.

— Eine Nachricht aus Kiel meldet, Herzog Friedrich habe erfahren, daß ihm eine Aufforderung von Preußen und Oesterreich bevorstand, Holstein zu verlassen, bis die Erbfolgefrage erledigt sei, und auf dieses hin habe er sich entschlossen, freiwillig Kiel zu verlassen, und sei am 21. nach Gotha gereist. Doch hat diese Nachricht noch keine weitere Bestätigung erhalten.

— Die Regierungen von Hannover und Sachsen haben in Wien auf telegraphischem Wege angefragt und sich Aufklärung über die Besetzung Rendsburgs erbeten. Das kaiserl. Kabinet soll jedoch nicht in der Lage gewesen sein, diesem Wunsche willfahren zu können.

— Wien, 25. Juli. Der Botschafter glaubt, daß Preußen in der Rendsburger Angelegenheit zu entsprechender Nachgiebigkeit geneigt sei. Es frage sich nur um das wie? Oesterreich müsse zwar auf das Wohl des Allirten Rücksicht nehmen, aber auch das Bundesrecht wahren und werde vielleicht die Vermittlung übernehmen können. (Tel. d. St. A.)

— Wien, 23. Juli. Hr. v. Bismarck ist hier kühl aufgenommen worden. Die eigenmächtige Besetzung Rendsburgs erregt hier allseitige Mißbilligung. Der Botschafter meldet: daß Hannover und Sachsen einen Antrag auf Genugthuung und Restitution beim Bunde vorbereiten.

Frankreich. Paris, 23. Juli. Der König der Belgier, der 14 Tage bis drei Wochen in Vichy bleiben wird, hatte bereits mehrere Unterredungen mit dem Kaiser. Es besteht ein sehr herzliches Einvernehmen zwischen beiden Monarchen. Der König tritt jedoch in der Form ganz als Kurgast auf. Drouyn de Lhuys ist heute aus Vichy nach Paris zurückgekommen. — 26. Juli. Der Moniteur meldet: Anfangs August werden die Schiffe abgehen, welche die französl. Truppen, die Mexiko verlassen sollen, abholen werden.

Amerika. Die neuesten Telegramme aus New York lauten: 11 Juli. 20 bis 40,000 Rebellen bedrohten Washington und Baltimore. Die Telegraphen- und Eisenbahnverbindung zwischen Baltimore und Philadelphia ist unterbrochen. Es geht das Gerücht, zu Baltimore seien zwei Bundesarmee-corps angekommen.

— 13. Juli. Es geht das Gerücht, Grant habe Petersburg eingenommen. — Die Invasion in Maryland hat furchtbare Proportionen angenommen; sie bezweckt die Eroberung Washingtons. Die Hauptmacht der eingedrungenen Rebellen steht in geringer Entfernung nördlich von Washington. Die Berichte über die Bewegungen der Unionstruppen sind verworren. — 16. Juli. Die Rebellen haben Maryland verlassen.